
Bündnis
Sahra
Wagenknecht
BSW
Kurzwahlprogramm für
die Bundestagswahl 2025



Unser Land verdient mehr!

Deutschland ist nicht mehr, was es noch vor wenigen Jahrzehnten war: ein moderner Industriestaat, der vom Ausland beneidet wurde für seine mittelständischen Weltmarktführer und seine top ausgebildeten Fachkräfte, seine gute öffentliche Infrastruktur und Gesundheitsversorgung, seine effizienten Verwaltungen, die niedrige Kriminalität und den hohen Grad an sozialem Zusammenhalt.

Viele Menschen in Deutschland leben heute mit Abstiegsängsten und Existenzsorgen. Sie beunruhigt die Talfahrt unserer Industrie, der Mangel an Lehrern, Ärzten und Pflegekräften, die fehlende Absicherung im Alter, der Kontrollverlust bei der Migration und die wachsende Kriegsgefahr. Die hohen Preise und steigenden Mieten stellen ihren bescheidenen Wohlstand infrage. Ihre Umgebung verliert ihr vertrautes Gesicht, sie fühlen sich unsicher im eigenen Land.

Für die entstandene Situation tragen die Parteien der gescheiterten Ampel besondere Verantwortung. Doch bereits in 16 Jahren CDU-Kanzlerschaft wurden die Weichen in Richtung Abstieg gestellt. Unser Land steht an einem Wendepunkt. In der nächsten Legislatur wird sich entscheiden, ob Deutschland auch in Zukunft zu den führenden Industrienationen der Welt gehört oder ob wir unwiderruflich wichtige Industriezweige und damit auch unseren Wohlstand verlieren.

Die erfolglosen Rezepte der letzten Jahre werden uns nicht in eine gute Zukunft führen. Unser Land braucht einen Neuanfang. Wir müssen zurück zum erfolgreichen Deutschlandmodell des späten 20. Jahrhunderts, generalüberholt und runderneuert für die Welt des 21. Jahrhunderts.

Das BSW legt ein Kurzwahlprogramm für einen politischen Neuanfang 2025 vor: Für ein Deutschland, in dem sich die Bürger wieder wohl und sicher fühlen, in dem die Schulen wieder Bildung fürs Leben vermitteln und jeder Kranke einen guten Arzt findet, in dem die Fleißigen belohnt werden und nicht die Erben, ein Land, in dem Anstrengung wieder Aufstieg ermöglicht und die Politik den Menschen das Leben leichter und nicht schwerer macht.



1. Deindustrialisierung stoppen – ein Comeback für die deutsche Wirtschaft!

Unsere Wirtschaft ist seit 5 Jahren nicht mehr gewachsen, seit zwei Jahren befindet sie sich in einer schweren Krise. Es droht die Abwanderung wichtiger Industrien. Vier von zehn Unternehmen wollen 2025 Arbeitsplätze streichen. Die Zahl der Firmenpleiten steigt. Hohe Energiekosten und bürokratische Regelungswut ersticken die Konjunktur. Die marode Infrastruktur und fehlende Fachkräfte-Ausbildung machen den Standort unattraktiv. Deutschland braucht eine 180-Grad-Wende in der Wirtschafts- und Energiepolitik.

✔ **Sinkende Energiepreise durch vernünftigen Einkauf, Abschaffung der Netzentgelte und des CO2-Preises:** Eine exportstarke Industrie braucht billige Energie und Versorgungssicherheit. Allein mit Sonne und Wind lässt sich eine moderne Volkswirtschaft in Mitteleuropa nicht am Laufen halten. Die nach Beginn des Ukrainekriegs verhängten Sanktionen waren ein Konjunkturprogramm für die US-Wirtschaft und ein Killerprogramm für die deutsche. Wir brauchen wieder langfristige Verträge zu Energieimporten, die sich am Kriterium des niedrigsten Preises orientieren. Statt den Netzbetreibern hohe Kapitalrenditen zu garantieren, die Unternehmen und Konsumenten durch steigende Netzentgelte bezahlen, wollen wir den Ausbau der Netze in öffentliche Regie zurückholen. Der Emissionshandel könnte klimaschonende Technologien fördern, wenn er weltweit zur Anwendung käme. Als rein europäisches Instrument führt er eher zu Produktionsverlagerungen als zur Anwendung klimaschonenderer Technologien. Für Konsumenten verteuert die CO2-Abgabe das Leben, obwohl es oft keine tragfähigen Alternativen gibt. Diesen Irrweg wollen wir verlassen.
Statt die Menschen ärmer zu machen, ineffiziente Technologien zu subventionieren und unsere Industrie zu vertreiben, wollen wir in die Erforschung echter Zukunftstechnologien investieren und Unternehmen bei ihrer Entwicklung unterstützen.

✔ **Modernisierung unserer Infrastruktur:** In Deutschland fehlen 800.000 Wohnungen, tausende Brücken sind marode, Straßen, Schienen, Digitalnetze und Schulgebäude in einem schlechten Zustand. So verspielt unser Land seine Zukunft. Wir brauchen eine Reform der Schuldenbremse, um ein großes Investitionsprogramm zur Runderneuerung unserer Infrastruktur auf den Weg zu bringen. Die Schuldenbremse hat die unsolide Haushaltspolitik der letzten Jahre nicht verhindert. Für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld brauchen wir mehr Kompetenz in verantwortlichen Ämtern, weniger Lobbyeinfluss und mehr Mitsprache der Bevölkerung durch direkte Demokratie.

✔ **Rücknahme des Verbrenner-Verbots!** Zur Sicherstellung der Mobilität und zur Unterstützung unserer Autoindustrie wollen wir das klimapolitisch unsinnige Verbrenner-Verbot aufheben und nach französischem Vorbild ein Volksleasing für E-Autos und verbrauchsarme Verbrenner (unter 5 l) ab 58 Euro im Monat einführen.

✔ **Rücknahme des Heizungsgesetzes:** Es macht keinen Sinn, das Herausreißen funktionierender Gasheizungen mit staatlichem Geld zu fördern, solange die Stromversorgung im Winter noch nicht einmal für den heutigen Verbrauch gesichert ist. Viele ältere Gebäude können mit Wärmepumpen ohnehin nicht effizient beheizt werden. Die Kommunen dabei zu unterstützen, das Fernwärmeangebot aus-



zuweiten und klimaverträglicher zu gestalten, wäre der sinnvollere Weg.

✔ **Bürokratie-Abbau-Turbo:** Mehr als 90 Prozent der Unternehmen in Deutschland fühlen sich in ihrem Geschäftsbetrieb durch immer neue Auflagen und Berichtpflichten eingeschränkt. Fördergelder sind oft mit seitenlangen Antragsformularen verknüpft. Eine der wenigen Branchen, die selbst in der aktuellen Krise boomt, ist die Beraterbranche. Damit fließen immer mehr volkswirtschaftliche Ressourcen in unproduktive Tätigkeiten, das macht uns alle ärmer. Wir brauchen einen Bürokratie-Abbau-Turbo!

2. Für eine gerechte Leistungsgesellschaft!

Deutschland hat sich von einer gerechten Leistungsgesellschaft weit entfernt. Selbst in den Krisenjahren sind die oberen Zehntausend reicher geworden. Normalverdiener, Familien und Rentner dagegen wurden und werden durch Steuern, Abgaben und Preissteigerungen immer mehr belastet. Im Januar folgt der nächste Hammer bei den Sozialabgaben. Mehr als jeder vierte Beschäftigte verdient aktuell unter 15 Euro in der Stunde. Jeder Fünfte hat nach 45 Jahren Arbeit weniger als 1200 Euro Rente. Leistung lohnt sich für Millionen Bürger kaum noch. Für eine gerechte Leistungsgesellschaft fordern wir:

✔ **15-Euro-Mindestlohn**, von dem rund zehn Millionen Beschäftigte profitieren würden.

✔ **Eine große Steuerreform**, die bis weit in die Mitte entlastet und die gesetzliche Rente bis 2000 Euro von der Steuer befreit. Im Gegenzug muss Einkommen aus Kapitalerträgen genauso besteuert werden wie Einkommen aus Arbeit. Außerdem fordern wir die Wiedererhebung der Vermögensteuer für extrem große Vermögen, deren Grundstock in der Regel nicht erarbeitet, sondern geerbt wurde.

✔ **Eine Rentenreform wie in Österreich**: Langjährig Versicherte erhalten in Österreich laut Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages im Schnitt 823 Euro mehr Rente im Monat. Dieser Rentenunterschied ist ein Armutszeugnis für unser Land! Wie in Österreich sollten auch bei uns alle Erwerbstätigen, auch alle Bundestagsabgeordneten und Bundesminister, verpflichtend in die gesetzliche Rente einzahlen. Als Ausgleich für die Inflation der vergangenen Jahre sollten die Renten für alle in einem ersten Schritt um 120 Euro im Monat steigen.

✔ **Eine Mindestrente von 1500 Euro nach 40 Versicherungsjahren**. In Österreich werden fast 1600 Euro Mindestrente nach 40 Jahren gezahlt. Wir plädieren - ähnlich wie bei unseren Nachbarn - für ein Stufenmodell: Nach 30 Versicherungsjahren liegt die Mindestrente bei 1300 Euro und nach 15 Jahren bei 1200 Euro.

✔ **Ein Grundfreibetrag auf Sozialbeiträge und eine Einbeziehung der Besserverdiener**: Es kann nicht sein, dass vor allem Geringverdiener und die Mittelschicht den Sozialstaat finanzieren. Wir brauchen einen Grundfreibetrag auf Sozialabgaben bei gleichbleibenden Ansprüchen, gegenfinanziert durch eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen. Mit einem Grundfreibetrag auf Sozialabgaben – ähnlich wie bei der Steuer – könnten Arbeitnehmer und Rentner spürbar entlastet werden.



3. Gesundheit und Pflege: Schluss mit Rendite-Orientierung und Zwei-Klassen-Medizin!

Die Zusatzbeiträge steigen im Januar 2025 noch einmal drastisch. Das ist sozial ungerecht und Gift für die Konjunktur. Wir haben das zweitteuerste Gesundheitssystem der Welt. Trotzdem haben Kassenpatienten größte Probleme, zeitnah einen Facharzttermin zu bekommen. Selbst einen neuen Hausarzt zu finden wird immer mehr zur Herausforderung. Der Weg zum nächsten Krankenhaus wird länger, 40 Krankenhäuser wurden allein in den vergangenen drei Jahren geschlossen. Notwendiges Pflegepersonal fehlt überall. Wir wollen eine Gesundheits- und Pflegepolitik, die jedem Kranken und Pflegebedürftigen eine gute Versorgung sichert, und nicht eine, die die Profite von Pharma- und Klinikkonzernen sowie Finanzinvestoren, die immer mehr Pflegeheime und Arztpraxen übernehmen, in die Höhe treibt. Wir fordern:

✔ **Abschaffung der Zusatzbeiträge** und dauerhaft geringere Beiträge durch die Einführung einer **Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege, in die alle Bürger mit ihren Einkommen einzahlen**. Das BSW will ein Ende der Zweiklassenmedizin, die Kassenpatienten systematisch benachteiligt und ihnen immer mehr Kosten aufbürdet, die eigentlich von der Allgemeinheit zu tragen wären.

✔ Mehr als fünf Milliarden Euro zahlen die Bürger jedes Jahr aus eigener Tasche für zahnmedizinische Behandlungen. Wir wollen notwendigen **Zahnersatz und Sehhilfen** vollständig in den Leistungskatalog der gesetzlichen Gesundheitsabsicherung zurückholen. Das Lächeln der Menschen darf nicht vom Geldbeutel abhängen!

✔ Krankenhausprivatisierungen und das Vordringen von Finanzinvestoren in Arztpraxen und medizinischen Versorgungszentren müssen gestoppt und die **Krankenhausreform rückgängig** gemacht werden. Krankenhausschließungen lehnen wir ab. Hausärzte als Ansprechpartner der Patienten müssen höher vergütet werden.

✔ **Das Pflegeheim darf nicht Armutsfalle sein!** Die Eigenanteile für Pflegeheimbewohner müssen deutlich sinken. Deshalb fordern wir eine Pflegevollversicherung, die überwiegend mit Steuermitteln finanziert wird. Eine würdige Pflege im Alter darf keine Frage des Geldes sein.

✔ Wir wollen mehr Medizinstudienplätze schaffen, mehr Pflegepersonal ausbilden und eine bessere Bezahlung. Junge Leute mit einem harten Numerus clausus vom Medizin-Studium abhalten und dann die Ärzte aus ärmeren Ländern anwerben, ist eine zynische Politik.

4. Wohnen bezahlbar machen und ein großes Wohnungsbauprogramm!

Auf dem Wohnungsmarkt hat die Politik versagt. Sie hat die Bürger nicht vor rasant steigenden Wohnkosten geschützt, sondern die Teuerung durch falsche Vorgaben und mangelnde Regulierung weiter angetrieben. Immer mehr Menschen können kaum noch ihre Miete bezahlen. Wer heute umziehen muss, steht nicht nur in Großstädten vor einer fast unlösbaren Aufgabe. Dort, wo Bürger und Familien den Sprung in das ersehnte Eigenheim wagen, greift der Staat ebenfalls zu und profitiert von steigenden Immobilienpreisen. Wir fordern:

✔ **Einen bundesweiten Mietendeckel statt einer wirkungslosen Mietpreisbremse**. Dort, wo Vermieter in den letzten Jahren besonders tief ins Portemonnaie der Mieter gegriffen haben, wollen wir die Mieten nicht nur stabilisieren, sondern senken.

✔ **Mieterhöhungsstopp bis 2030**: In allen Regionen, in denen der Wohnungsmarkt nachweislich den Einkommen enteilt ist, wollen wir die Mieten bis zum Ende des Jahrzehnts einfrieren. Kosten für Sanierungen haben Vermieter zu tragen.

✔ **Den gemeinnützigen Wohnungsbau stärken**. Größere Teile des Wohnungsmarktes müssen wieder den Regeln der Gemeinnützigkeit unterliegen, gemeinnützige und kommunale Wohnungsbauunternehmen sollten zinsvergünstigte Kredite erhalten und ein großes Wohnungsbauprogramm auflegen. Dort, wo Sozialwohnungen entstehen, muss die Bindungsfrist dauerhaft gelten.

✔ **Befreiung von der Grunderwerbsteuer für den ersten Erwerb eines selbst genutzten Eigenheims**, sofern es sich um keine Luxusimmobilie handelt. Dass Familien ihr hart erspartes Eigenkapital oft für die Grunderwerbsteuer aufwenden müssen, ist inakzeptabel.

5. Sichere Grenzen, sichere Straßen: Für einen Kurswechsel in der Migrationspolitik!

Die Flüchtlingszahlen sind weiterhin zu hoch. 236.000 Menschen haben in diesem Jahr einen Asylantrag gestellt. Weniger als die Hälfte derjenigen, die zu uns kommen, ist schutzbedürftig, nur 1 bis 2 Prozent haben Anspruch auf Asyl. Trotzdem bleiben nahezu alle im Land, zwei von drei Abschiebungen scheitern. Die Bürgergeld-Ausgaben für Flüchtlinge sind von rund sechs Milliarden im Jahr 2021 auf fast 14 Milliarden Euro gestiegen. Das untergräbt die Akzeptanz des Bürgergeldes und schädigt denjenigen, die es benötigen, etwa Alleinerziehende, denen ein Kita-Platz vorenthalten wird. Die unkontrollierte Migration muss gestoppt werden! Zentrale Maßnahmen sind:

✔ **Asylverfahren sollten außerhalb der EU in sicheren Drittstaaten stattfinden**: Viele europäische Länder fordern inzwischen eine

Wende in der europäischen Asylpolitik. Das Prinzip, dass jeder, der die EU erreicht, unabhängig vom Schutzstatus fast immer bleiben kann, übt eine enorme Sogwirkung aus und bringt immer mehr Menschen dazu, sich in die Fänge krimineller Schleuserbanden zu begeben, die mit der Migration Milliardengeschäfte machen. Wer zu arm ist, um die Schlepper zu bezahlen, oder zu schwach für die gefährlichen Fluchtrouten, den lässt die EU dagegen konsequent im Stich. In den letzten Jahren war es vor allem die deutsche Regierung, die eine Veränderung dieser dysfunktionalen europäischen Asylpolitik verhindert hat. Diese Blockade muss aufhören.

✔ Ab sofort sollte der Grundsatz gelten: **Wer aus einem sicheren Drittstaat einreist, hat kein Recht auf Aufenthalt**. Wer kein Recht auf Aufenthalt hat, hat keinen Anspruch auf ein Asylverfahren und auch keinen Anspruch auf soziale Leistungen.

✔ **Durchsetzung von Recht und Gesetz bei Abschiebungen**: Von Januar bis September 2024 sind von 38.328 geplanten Abschiebungen 23.610 gescheitert. Das ist auch ein Wortbruch des Kanzlers, der einen Kurswechsel versprochen hatte. Dass selbst Straftäter oft genug im Land bleiben, ist empörend. Das Asylrecht wird in großem Stil missbraucht. Recht und Gesetz müssen endlich wieder durchgesetzt werden.

✔ **Bekämpfung der Kriminalität**: Auch die durch Nichtdeutsche verübten Straftaten steigen überproportional – inzwischen sind es allein 24 Sexualdelikte pro Tag. Die Handlungsunfähigkeit der Politik in dieser Frage empört viele Menschen zu Recht! Gewalttäter, Islamisten und Hassprediger müssen konsequent abgeschoben werden.

6. Ein gutes Bildungssystem von Schleswig-Holstein bis Bayern – Kostenübernahme für das erste Jahr!

Gute Bildung ist entscheidend für Aufstiegschancen und Lebensperspektiven. Unser unterfinanziertes Bildungssystem ist mit den Herausforderungen erkennbar überfordert. Die Bildungs-Kleinstaaterei mit 16 unterschiedlichen Lehrplänen ist nicht mehr zeitgemäß. Trotz vieler guter Schulen zwischen Flensburg und Rosenheim kann oft nur der Missstand verwaltet werden. Lehrermangel und Unterrichtsausfall sind allgegenwärtig. Elementare Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen werden unzureichend vermittelt. Die langen Schulschließungen der Corona-Zeit haben die Bildungschancen ganzer Jahrgänge zerstört. Entsprechend schwach schneidet Deutschland seit Jahren in internationalen Vergleichstests ab. Wir wollen die Schulen zu Leuchttürmen machen und fordern:

✔ **Bundesweit gleiche Bildungschancen:** Der Lernerfolg darf nicht vom Wohnort oder dem Engagement einer Landesregierung abhängen. Um die Vergleichbarkeit und die Qualität zu erhöhen, brauchen wir einheitliche Lehrpläne und Prüfungen.

✔ **Kernkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen** müssen zurück in den Fokus!

✔ **Handys und Tablets** haben in Grundschulen nichts zu suchen. Generell sollten analoge Lernmittel Vorrang haben.

✔ **Sprachtests** für alle Kinder ab drei Jahren und verpflichtender Kita-Besuch bei festgestellten Defiziten

✔ **Gutes und kostenloses Mittagessen** für alle Kinder

✔ **Ein Social-Media-Gesetz nach australischem Vorbild und einen Bundesfonds für Sportvereine** – Statt krankmachender Social-Media-Algorithmen brauchen Kinder mehr Bewegung, Spaß und Freunde auch außerhalb der Schule: der Bund sollte für alle Kinder das erste Jahr im Sportverein kostenfrei bezahlen (Zuschuss von bis zu 150 Euro im Jahr). So würden Kinder in die Vereine gebracht und die Vereine und ihre wertvolle Arbeit unterstützt.

7. Friedensverhandlungen statt immer mehr Waffen!

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine tobt seit fast drei Jahren. Täglich sterben Menschen, die Ukraine wird mehr und mehr zerstört. Fast die Hälfte der Deutschen befürchtet eine Ausweitung des Krieges auf unser Land. Die Entscheidung des abgewählten amerikanischen Präsidenten Biden, Angriffe auf Russland mit von den USA und Großbritannien gelieferten Langstreckenraketen zu genehmigen, hat eine neue gefährliche Eskalationsstufe eingeleitet, die größte Risiken für ganz Europa birgt. In dieser hochbrisanten Situation wollen Merz, Lindner und Baerbock der Ukraine zusätzlich Taurus-Raketen liefern, damit sie auch mit ihnen Ziele tief in Russland angreifen kann. Ein solcher Schritt wäre praktisch eine Kriegserklärung an die Atommacht Russland. Olaf Scholz hat sich dem bis jetzt verweigert, ist aber bisher immer umgefallen, sobald es Druck aus Washington gab. Auf ihn ist kein Verlass.

Selbst wenn eine Ausweitung des Krieges verhindert werden kann: Waffenlieferungen werden das Sterben nicht beenden. Kein anderes Land belastet seine Bürger so stark wie Deutschland, um diesen sinnlosen Krieg zu finanzieren. Auch im kommenden Jahr stehen wieder Milliarden bereit. Wir fordern:

✔ **Ehrliche Bemühungen um einen Waffenstillstand, kein Steuergeld mehr für den Krieg!** Die künftige deutsche Regierung sollte die diplomatischen Bemühungen Chinas und der Länder des Südens unterstützen und die Initiative für einen Waffenstillstand und einen realistischen Friedensplan ergreifen.

✔ **Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland!**

✔ **Einen EU-Erweiterungsstopp**, was auch für die Ukraine gelten muss, die ansonsten noch mehr zum Fass ohne Boden für die deutschen Steuerzahler wird.



8. Corona-Unrecht aufarbeiten und wieder gut machen!

Während staatliches Handeln bei den Kernaufgaben immer häufiger versagt, nimmt staatliche Übergriffigkeit zu. Der politische Autoritarismus in der Corona-Zeit ging so weit, dass grundlegende Freiheitsrechte durch einen übergriffigen Staat außer Kraft gesetzt und Menschen wegen ihrer persönlichen Impfentscheidung aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen wurden, obwohl es dafür schon wegen des fehlenden Fremdschutzes der Impfung keine medizinische Begründung gab.

Millionen Betroffene von psychischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Schäden, verursacht durch Lockdowns, Schulschließungen, Geschäftsschließungen, Berufsverbote, Impfdruck durch 2G bis zum Impfzwang in Gesundheitsberufen und in der Bundeswehr brauchen eine Stimme. Viele Impfgeschädigte warten bis heute vergeblich auf ärztliche Hilfe und Anerkennung.

Die bekannt gewordenen RKI-Files zeigen die Dimension der politischen Einflussnahme der Regierung auf das Robert-Koch-Institut und die Unterdrückung abweichender Positionen im öffentlichen Diskurs. Die behördeninterne Selbstkontrolle versagte. Deshalb brauchen wir eine ehrliche Aufarbeitung. Wir fordern:

✔ Eine **Aufarbeitung der Corona-Zeit durch einen Untersuchungsausschuss** im Bundestag. Politische Entscheidungen und Maßnahmen müssen auf den Prüfstand. Politische Entscheidungsträger und deren Experten müssen im Untersuchungsausschuss Verantwortung übernehmen.

✔ Die **Erfassung und Entschädigung von Impfschäden** soll entbürokratisiert und enttabuisiert werden. Es braucht endlich eine groß angelegte Studie, die anhand anonymisierter Krankenkassendaten untersucht, ob bestimmte Krankheiten bei Geimpften signifikant häufiger aufgetreten sind als bei Ungeimpften.

✔ Eine **Stärkung der behördeninternen Selbstkontrolle** durch Änderung des Bundesbeamtengesetzes (BBG) und des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG). Die gesetzlich verankerte Remonstrationspflicht darf bei Ausübung nicht karriereschädlich sein. Beamte müssen auf Missstände hinweisen können, ohne dienstrechtliche Konsequenzen zu erfahren.

✔ Ein **Corona-Amnestiegesetz**: Alle noch laufenden Verfahren sind einzustellen, Bußgelder, die damals aufgrund willkürlicher Regelungen erhoben wurden, müssen zurückerstattet werden.



Am 23. Februar geht es um eine Richtungsentscheidung.

Das BSW steht für einen echten Neubeginn. In einer Welt voller Konflikte und Instabilität muss Deutschland sich auf seine Interessen und auf seine Stärken besinnen. Donald Trump steht nicht nur für ein rücksichtsloses America First in seiner Außen- und Wirtschaftspolitik. Er führt die Vereinigten Staaten auch innenpolitisch zurück ins 19. Jahrhundert, als die Eigentümer der größten Wirtschaftsunternehmen schon einmal offen und ungeniert den Staat kontrolliert und für ihre Interessen eingespannt haben. Aber eine Oligarchenherrschaft ist keine Demokratie, auch wenn die Oligarchen amerikanische Pässe haben.

Das erfolgreiche Deutschland-Modell sieht anders aus. Wir brauchen weder ein Durchregieren der Milliardäre wie in Amerika noch Politiker, die mit den gescheiterten Rezepten der letzten Jahre die Krise verschlimmern. Das deutsche Erfolgsmodell war die soziale Marktwirtschaft mit einem starken Mittelstand, sozialem Zusammenhalt, Gerechtigkeit statt Gier, Aufstiegschancen und Wohlstand für alle, die sich anstrengen, und Gemeinwohl vor Kommerz, wo es ums Existentielle geht: bei Gesundheit, Pflege, Wohnen oder Bildung.

Das BSW wird sich nach der Wahl nur an einer Regierung beteiligen, die den Willen und die Fähigkeit hat, den Wohlstand in unserem Land zu sichern, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen und den Frieden zu bewahren. Das wird nicht mit den gescheiterten Politikern der Vergangenheit oder einem früheren Blackrock-Lobbyisten gelingen.

Die deutsche Demokratie setzt auf den Wettstreit der Parteien, aber die Verfassung verlangt nicht, dass als Regierungspersonal nur diejenigen infrage kommen, die sich zuvor mit ihren Ellenbogen in einer Partei nach oben gearbeitet haben. Die Lage ist ernst, daher ist es Zeit für ein Kompetenz-Kabinett aus Fachleuten, denen es tatsächlich um das Wohl der Menschen in unserem Land und nicht um ihre Anschlussverwendung in der Wirtschaft geht und die das Vertrauen in den Staat und eine funktionierende Demokratie wiederherstellen können.

